

LANDES- UND REGIONALENTWICKLUNG ZWISCHEN WACHSTUM UND SCHRUMPfung: REGIONALE DISPARITÄTEN UND RÄUMLICHE PLANUNG IN JAPAN

Thomas Feldhoff

National and Regional Development between Growth and Shrinkage: Regional Disparities and Spatial Planning in Japan

Abstract: Since the early 1950s, the Japanese government has followed a paradigm of 'balanced regional development' that is based on comprehensive planning approaches characterized by very high levels of central government control. However, the intended regional economic growth failed to occur and regional disparities continued to widen. Today, as Japan faces demographic changes as a regional challenge, the pressure to overcome traditional top-down planning policies is even greater. The degree of social acceptance of regional disparities is determined not least by normative decision-making in spatial planning and politics. In reality, the demands of these rural-peripheral and old industrialized regions that suffer a decline in population and thus their functional capability are politically highly sensitive. However, new spatial visions and strategies related to a 'paradigm of shrinking', as well as new forms of regulation including bottom-up approaches that challenge vested interests are still in question.

1 EINLEITUNG

Regionale Disparitäten, also Ungleichheiten, sind ein wesentliches Strukturmerkmal von Gesellschaften. Das gilt in besonderer Weise für Japan: Die ungleichgewichtige räumliche Entwicklung des Inselreiches, die ganz wesentlich ein Ergebnis des nachkriegszeitlichen Industrialisierungs-, Verstärkerungs- und Binnenwanderungsgeschehens ist, setzt sich bis in die Gegenwart hinein fort (vgl. Flüchter 1990, 1994, 2004; Matsubara 2006). Einer ausgeprägten Konzentration von Bevölkerung und Wirtschaftskraft in den großen Ballungsräumen auf der pazifischen „Vorderseite“ Japans steht eine zunehmende Entleerung und Verödung ländlich-peripherer Gebiete gegenüber. Hinsichtlich der räumlichen Maßstabsebene und der Qualität der regionalen Disparitäten gilt es allerdings zu differenzieren: Erstens deuten neuere Entwicklungen darauf hin, dass die Hauptstadt Tokyo im intermetropolitanen Wettbewerb ihr überragendes Gewicht auf Kosten der nächstgrößeren Metropolräume Osaka und Nagoya weiter ausbaut. Auf interregionaler Ebene ist zweitens festzustellen, dass das Gewicht der

metropolitanen Präfekturen insgesamt zuungunsten der Peripherie weiter zunimmt – ein Phänomen, das als Metropolisierung bezeichnet wird. Drittens schließlich setzen sich auf der intraregionalen Ebene innerhalb der nichtmetropolitanen Präfekturen Konzentrationsprozesse zugunsten der jeweiligen Präfekturhauptstädte bzw. wichtiger Regionalzentren fort und bewirken eine weitere Ausdünnung des ländlich-peripheren Raumes (vgl. Feldhoff 2005: 86).

Aus Sicht der Raumplanung sind regionale Disparitäten weder ein naturgegebenes noch unausweichliches Phänomen, sondern sie sollten – eine entsprechende politisch-normative Zielausrichtung unterstellt – durch geeignete Steuerungsinstrumente und Anpassungsstrategien ausgeglichen werden. Dabei geht es wohlgemerkt nicht um eine absolute „Gleichheit“ der Lebensverhältnisse, sondern um eine „Einheitlichkeit“ oder „Gleichwertigkeit“ – verknüpft mit der normativen Frage, welches Ausmaß an regionalen Disparitäten von einer Gesellschaft eigentlich toleriert werden soll (vgl. Frankenfeld 2005: 185). In Bezug auf die „Steuerungskunst der Planer“ bemerkt Fürst (2005: 25), dass diese darin liege, nicht reaktiv auf Raumnutzungen zu antworten, sondern Raumnutzer in einen konstruktiven Prozess einzubinden, der klären soll, wie deren Nutzungsansprüche von Anfang an raum- und umweltverträglich gestaltet werden können.

Für Japan ist durchaus eine Krise der „Steuerungskunst der Planer“ zu konstatieren, weil die regionalen Disparitäten (*chiiki kakusa*) in den zurückliegenden Jahrzehnten immer weiter zugenommen, die Regionen sich jedoch dem offiziell verbreiteten Konvergenz-Optimismus zum Trotz weiter auseinander entwickelt haben. Bisherige Programme, Konzepte und Strategien waren nicht geeignet, den strukturschwachen Teilräumen die erhofften Entwicklungsimpulse zu geben. Eingebettet ist das Problem offenbar zunehmender regionaler Disparitäten in grundlegende gesellschaftliche Veränderungen. Coulmas (2007: 234–237) stellt fest, dass traditionelle japanische Vorstellungen von Egalitarismus und Uniformität längst der Vorstellung von einer „Differenzgesellschaft“ (*kakusa shakai*) gewichen seien, in der die Disparitäten zunähmen. Die Meinungsumfragen des Kabinettsamtes zum Sozialbewusstsein der Bevölkerung (*Shakai ishiki ni kansuru seron chōsa*) zeigen, dass sich auch in der öffentlichen Wahrnehmung eine Verschärfung des Problems der regionalen Ungleichheiten widerspiegelt: Noch 2002 waren nur 7,4 Prozent der Befragten der Meinung, dass sich die Disparitäten verstärkten, 2007 waren es bereits 25,6 Prozent (vgl. Naikakufu 2004, 2007, Internet). Ein Ziel des vorliegenden Beitrages ist es daher, die allgemeine Entwicklung regionaler Disparitäten in Japan anhand ausgewählter Indikatoren aufzuzeigen. Als Messinstrumente regionaler Unausgewogenheiten werden neben demo-

graphischen auch sozioökonomische Merkmale herangezogen. Alle Indikatoren sind quantitativer Art und operationalisierbar.

Die aus der angedeuteten Krise der traditionellen staatlichen Steuerungsformen resultierende Diskussion um eine Neubestimmung der räumlichen Planung in Japan bildet den zweiten Schwerpunkt des Beitrages. Sie erhält zusätzliche Brisanz durch den Umstand, dass der durch Bevölkerungsrückgang und -alterung geprägte demographische Wandel in naher Zukunft die regionalen Disparitäten weiter verstärken und vor allem die Frage der Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge aufwerfen wird (vgl. Flüchter 2004; Matsubara 2006). Die Auswirkungen werden regional sehr unterschiedlich ausfallen, allein schon aufgrund sehr unterschiedlicher regionaler Ausgangssituationen. Interessant ist zu sehen, wie der Staat auf diese Herausforderungen reagiert. Schließlich ist es Aufgabe der räumlichen Planung, Ziele des lenkenden Einwirkens auf das räumliche Geschehen zu definieren und dabei die Vielfalt der Regionen zu beachten. Damit ist räumliche Planung stets ein zielorientiertes Handeln und nicht etwa eine reine Zustandsbeschreibung, so dass im Rahmen des Beitrages auch der Frage nachgegangen werden soll, welches die konkreten Absichten der japanischen Raumplanung derzeit eigentlich sind.

Nach Lendi (2003: 7) steht „Raumplanung für die zukunftsfähige Erhaltung und Gestaltung des Lebensraumes mit Chancen der individuellen, politischen, wirtschaftlichen (insbesondere unternehmerischen) und sozialen Lebensentfaltung unter Wahrung des ökologischen Gleichgewichts“. Sie erfüllt somit einen überfachlichen und im Hinblick auf die verschiedenen abwägungsrelevanten Belange integrativen Planungs- und Koordinierungsauftrag (Turowski 2005). Dabei ist der Wandel des planerischen Steuerungsverständnisses eng verbunden mit „Veränderungen im gesellschaftlichen Institutionensystem, wozu auch Wertewandel und Wandel des Staatsverständnisses gehören“ (Fürst 2005: 18). Vor dem Hintergrund solcher Veränderungen, die eng mit der Debatte um *governance* verknüpft sind, steht in Japan in der Tat eine grundsätzliche Neubestimmung der Rolle raumwirksamen staatlichen Handelns an (vgl. Matsubara 2006: 12–14). Die Beziehungen zwischen Entscheidungsträgern und Betroffenen der räumlichen Planung sind hier seit der zweiten Hälfte der 1990er Jahre nämlich immer häufiger durch Konfliktlagen um regionale und lokale Raumnutzungen geprägt (Er 2005; Feldhoff 2005) – ein wichtiger Hinweis auf Legitimationsdefizite der traditionell mit Allwissenheitsanspruch agierenden Top-down-Planung des zentralistischen japanischen Staates (sog. „Gottvater-Modell“).

Im Bereich der Raumplanung wird das *governance*-Konzept verwendet, um interaktive Steuerungs- und Koordinationsformen in regionalen oder städtischen Räumen zu analysieren (vgl. Benz 2005; Fürst 2005): Unter Be-

rücksichtigung der institutionellen Strukturen und von Aspekten wie Macht und Legitimation fokussiert es insbesondere auf Formen des Zusammenwirkens zwischen staatlichen und privaten Akteuren sowie zwischen Entscheidungsträgern und Betroffenen. *Governance* basiert damit auf einer institutionalistischen Perspektive, welche die Gesamtheit aller nebeneinander bestehenden (formellen und informellen) Formen der kollektiven Steuerung und Koordinierung gesellschaftlicher Sachverhalte in komplexen Strukturen ins Visier nimmt (vgl. Lowndes 2001; Mayntz 2003: 72; Benz 2005: 406). Ein idealer Planungsansatz nach Healey (1997: 219), der auch mit mehr Selbstverantwortung der Bürger verbunden wäre, „would involve developing ‚conversations‘ between stakeholders from different social worlds“. Entscheidungsfindung ist dabei heterarchisch organisiert und konsensorientiert (Stoker 2000). Mitwirkung setzt allerdings auf Seiten der Bürger das Vorhandensein einer entsprechenden „*governance*-Kapazität“ voraus, die grundlegendes Wissen, soziale und politische Kompetenzen, etwa zu kollektivem Handeln, einschließt (Healey *et al.* 2002). In Bezug auf Japan stellt sich die Frage, ob bzw. wie sich im Zuge eines Wandels des gesellschaftlichen Institutionensystems auch das Planungs- und Steuerungsverständnis verändert: Bewegt man sich weg vom hierarchischen „Gottvater-Modell“ hin zu neuen heterarchischen Formen kooperativer Aushandlungen?

2 REGIONALE DISPARITÄTEN AUF DER RAUMMASSTABEBENE DER PRÄFEKTUREN

Traditionell war die japanische Raumentwicklungspolitik der Nachkriegszeit nahezu identisch mit öffentlicher Baupolitik, die nicht zuletzt aus Gründen der politischen Ökonomie des Landes auf flächendeckenden Ausbauprogrammen („Gießkannenprinzip“) basierte. Vor dem Hintergrund der Diskussionen über den „Baustaat Japan“ (McCormack 2002; Feldhoff 2005, 2007) und die eigennutzorientierten informellen Arrangements zentraler Akteure in Politik, Bürokratie und Wirtschaft, die unter anderem im Sinne der Theorie des Rentenstrebens erklärbar sind, mag es nicht verwundern, dass die ländlichen Räume bei der Vergabe öffentlicher Bauinvestitionen für so genannte „harte“ Infrastrukturen im Vergleich zu den metropolitanen Räumen pro Kopf der Bevölkerung gewöhnlich weitaus besser abschneiden – zum wachsenden Unmut der großstädtischen Bevölkerung (vgl. Nakazato 2003). Trotz verschiedener ambitionierter Raumentwicklungspläne, unter anderem zur umfassenden Entwicklung des ganzen Landes (*Zenkokudo sōgō kaihatsu keikaku*), und damit verbundener massiver, kostspieliger Landesentwicklungs-

maßnahmen einschließlich einer enormen Umverteilung von Einkommen gibt es nämlich immer noch gravierende regionale Disparitäten.

Die jüngeren Tendenzen der Raumentwicklung deuten sogar darauf hin, dass die unterentwickelten Regionen im Hinblick auf ihre Bevölkerungszahlen noch weiter ausdünnen und der „weiche“ Sozialinfrastrukturausbau hier zunehmend vernachlässigt wird. Eine Ursache dafür ist in dem Umstand zu sehen, dass das forcierte öffentliche Bauen in den ländlichen Räumen von der gleichzeitigen Wahrnehmung von Agglomerationsvorteilen, die sich durch die räumliche Konzentration ökonomischer Aktivitäten auf die metropolitanen Kernräume ergeben, überlagert wird. Dies führt zur weitgehenden Unwirksamkeit regionaler Ausbau- und Förderprogramme, zum Entstehen überdimensionierter Angebotsstrukturen mit hohen Folgekosten und zu einer Verschärfung der räumlichen Ungleichgewichte (ausführliche Darstellung dazu in Feldhoff 2005).

Unausgewogenheiten auf regionaler Ebene zeigen sich am augenfälligsten in der Verteilung der Bevölkerung. Dabei ist die durchschnittliche Bevölkerungsdichte Japans mit 343 Ew./km² (Sōmushō Tōkeikyoku 2005, Internet) im internationalen Maßstab nicht sonderlich hoch. Andere Flächenstaaten wie die Niederlande (393 Ew./km²), Südkorea (480 Ew./km²) oder Bangladesch (985 Ew./km²) sind weitaus dichter besiedelt. Die durchschnittliche Bevölkerungsdichte ist jedoch angesichts der beschränkten Kulturfläche des Inselreiches wenig aussagekräftig. Die traditionell für die Besiedlung bevorzugten Tieflandsgebiete (Küstenebenen, Täler und intramontane Becken) machen nämlich nur etwa ein Viertel der Gesamtfläche aus. Unter Berücksichtigung nur dieser Gebiete ergibt sich eine durchschnittliche Bevölkerungsdichte von etwa 1.370 Ew./km². Typisch ist vor allem die hohe Bevölkerungsdichte der Küstensäume auf der pazifischen Seite im Vergleich zu den nur dünn besiedelten Bergländern des Binnenlandes.

Selbst innerhalb der besonders intensiv genutzten Tieflandsbereiche ist die Bevölkerung jedoch sehr ungleichmäßig verteilt – darauf hat bereits Flüchter (1990) verwiesen. Die schärfsten Ballungskonturen treten auf der Raumgrundlage der so genannten „Densely Inhabited Districts“ (DID; *jinkō shūchū chiku*) zutage. Denn ungleich stärker noch als die durch die Kleinkammerung vorgegebene Bevölkerungsverteilung wiegen die Verdichtungsprozesse *innerhalb* der Tieflandsbereiche. Bei den DID handelt es sich um statistische Zählbezirke mit einer Bevölkerungsdichte von mehr als 4.000 Ew./km² bei einer Bevölkerungsgröße von mindestens 5.000 Einwohnern. Flächenmäßig konzentrieren sich diese Bezirke vorwiegend auf die pazifische Küstenregion, insbesondere Mittel-Honshū mit den drei Metropolregionen Tokyo, Osaka und Nagoya (Tōkaidō-Megalopolis), die in den vier Jahrzehnten seit Ausweisung der DID im Jahr 1960 im Zuge von Metropolisierungs- und Megalopolisierungsprozessen

in ihrer Gesamtheit sowohl an Bevölkerung als auch an Fläche erheblich zugenommen haben. Besonders gut erkennbar sind auf dieser Grundlage die fingerförmigen Raumstrukturen der Metropolregionen, die sich in der Regel vom Ballungskern entlang der Hauptverkehrsachsen in das Umland entwickelt haben (vgl. Feldhoff 1998). Die anhaltende Dynamik der Konzentrationsentwicklung wird im Vergleich der Jahre 1960 und 2005 gut deutlich (vgl. Tab. 1):

- 1960: Konzentration von 43,7 Prozent der Bevölkerung auf nur 1,02 Prozent der Landesfläche;
- 2005: Konzentration von 66,0 Prozent der Bevölkerung auf 3,32 Prozent der Landesfläche.

Gleichzeitig ging die durchschnittliche Bevölkerungsdichte innerhalb der DID von 10.563 Ew./km² (1960) zwischenzeitlich auf 6.627 Ew./km² (1995) zurück, um seither wieder bis auf 6.714 Ew./km² (2005) anzusteigen. Die Konzentrationsprozesse zugunsten der hoch verdichteten Distrikte haben sich also in jüngster Zeit offenbar wieder intensiviert. Seit Ende der 1990er Jahre hält insbesondere in Tokyo ein Trend „zurück in die Innenstadt“ (*to-shin kaiki*) an: Der früher im Zuge der Verdrängung innerstädtischen Wohnens durch Dienstleistungsfunktionen entstandene Wohnbevölkerungskrauer im Kern des Ballungsraumes wird durch erhebliche Wanderungsgewinne wieder merklich aufgefüllt (vgl. Matsubara 2006: 2).

	DID-Einw. (Mio.)	DID-Fläche (km ²)	DID-Einw. in % der Gesamtbevölkerung	DID-Fläche in % der Gesamtfläche	DID-Bevölkerungsdichte (Ew./km ²)
1960	40,830	3.865,2	43,7	1,02	10.563
1965	47,261	4.604,9	48,1	1,22	10.263
1970	55,997	6.444,1	54,0	1,71	8.690
1975	63,823	8.275,4	57,0	2,19	7.712
1980	69,935	10.014,7	59,7	2,65	6.983
1985	73,344	10.570,7	60,6	2,80	6.938
1990	78,152	11.732,2	63,2	3,11	6.661
1995	81,255	12.260,5	64,7	3,24	6.627
2000	82,810	12.457,4	65,2	3,30	6.647
2005	84,331	12.560,6	66,0	3,32	6.714

Tab. 1: Absolute und relative Bevölkerungszahlen und Flächengrößen sowie Bevölkerungsdichten der „Densely Inhabited Districts“ (DID), Japan 1960 bis 2005

Quelle: Eigene Zusammenstellung nach Sömushō (verschiedene Jahrgänge).

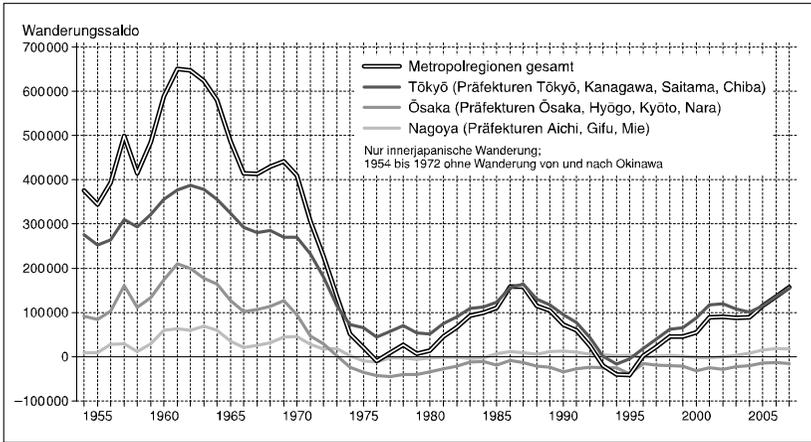


Abb. 1: Wanderungssalden der drei Metropolregionen Tokyo, Osaka und Nagoya insgesamt und jeweils einzeln, 1954 bis 2007

Quelle: Eigene Darstellung nach Sōmushō Tōkeikyoku (2008, Internet).

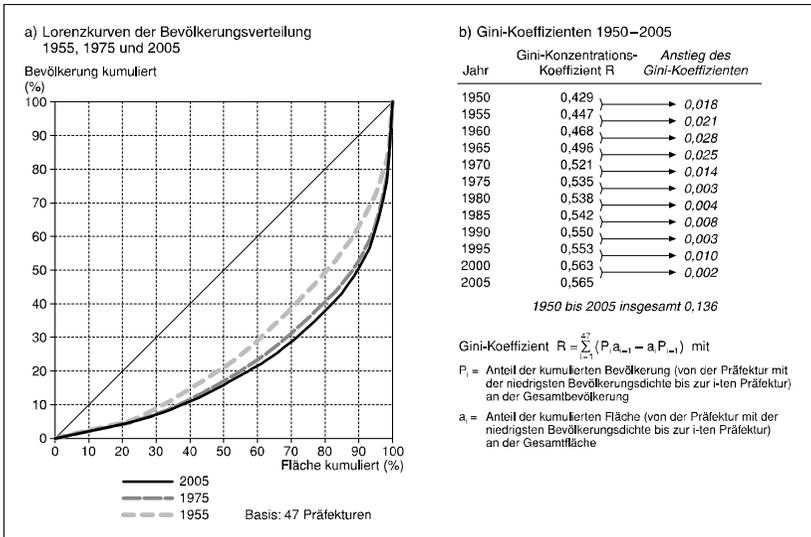


Abb. 2: Lorenzkurven der Bevölkerungsverteilung Japans 1955, 1975 und 2005 sowie Gini-Koeffizienten 1950 bis 2005

Quelle: Eigene Berechnungen nach Sōmushō (verschiedene Jahrgänge) und Sōmushō Tōkeikyoku (2000 und 2005, Internet).

Die Entwicklungstrends zugunsten der Metropolregionen (großräumig) und gleichzeitig zur Reurbanisierung innerhalb der Ballungsräume (kleinräumig) werden auch durch die Ergebnisse der jüngsten Wanderungsstatistik bestätigt (vgl. Abb. 1). Zwischen 2006 und 2007 wiesen 40 Präfekturen einen negativen Wanderungssaldo auf, nur sieben Präfekturen verzeichneten Zuwanderungsüberschüsse – allen voran Tokyo (+94.500, davon entfielen allein auf die 23 Stadtbezirke +77.267 Einwohner), gefolgt von den Metropolpräfekturen Kanagawa, Aichi, Chiba und Saitama (vgl. Sōmushō Tōkeikyoku 2008, Internet). Für die Metropolregion Tokyo ergibt sich insgesamt ein Wanderungsgewinn von 155.150 Menschen, die Metropolregion Nagoya weist einen geringfügigen Überschuss (+17.554) auf, während die Metropolregion Osaka ihren seit 1974 anhaltenden Negativtrend (-15.646) fortsetzt. Insgesamt hat sich in Zeiten zunehmender Ausdifferenzierung auch zwischen den japanischen Metropolen die Anziehungskraft der Hauptstadt als Wanderungsmagnet wieder deutlich intensiviert (*Tōkyō sai-shūchū*; vgl. Matsubara 2006: 221). Die Attraktivität gerade des Ballungsraumkerns erklärt sich unter anderem durch den Rückgang der Bodenpreise und intensive staatliche, präfekturelle und stadtbezirkliche Maßnahmen zur Erhöhung des innenstadtnahen Wohnraumangebotes.

Der Vergleich der Lorenzkurven der Bevölkerungsverteilung Japans 1955, 1975 und 2005 nach Präfekturen mit der Gleichverteilungsgeraden lässt ebenfalls eine deutliche Zunahme der regionalen Unausgewogenheit der Bevölkerungsverteilung erkennen (vgl. Abb. 2). Die Lorenzkurven spiegeln damit die für Japan typische Zunahme der Bevölkerungskonzentration und Über-Entwicklung der Ballungsräume wider. Als Konzentrationsfläche bezeichnet man die zwischen der Lorenzkurve und der Gleichverteilungsgeraden liegende Fläche. Mit Hilfe des so genannten Gini-Koeffizienten kann die Größe dieser Fläche und damit der Grad der Konzentration gemessen werden: Zwischen 1950 und 2005 ist der Koeffizient deutlich von 0,429 auf 0,565 angestiegen, allerdings hat sich der Zuwachs seit Mitte der 1970er Jahre erheblich verlangsamt und war im letzten Jahrfünft nur noch minimal. Für die Zukunft ist nur in kleinen und mittelgroßen Stadtregionen angesichts abnehmender Bevölkerungszahlen und -dichten mit einem deutlichen Rückgang der DID-Flächen zu rechnen; in den Metropolregionen wird selbst nach 2020 die Flächenabnahme nur gering ausfallen (vgl. Tab. 2).

Als sozioökonomischer Indikator gibt das präfekturelle Pro-Kopf-Einkommen Auskunft über den materiellen Wohlstand der Bevölkerung (vgl. Tab. 3). Die Daten basieren auf Berechnungen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, die das Kabinettsamt zuletzt im Februar 2008 für das Jahr 2005 veröffentlicht hat. Die Entwicklung der letzten 15 Jahre lässt

	Tatsächliche Veränderung			Vorausberechnete Veränderung		
	1980	1990	2000	2010	2020	2030
Metropolregionen Tokyo, Osaka und Nagoya (1980: 5.261 km ²)	100	118	123	124	124	121
Per Regierungsverordnung designierte Großstadtreionen (1980: 972 km ²)	100	121	130	132	131	129
Stadtreionen mit mehr als 300.000 Einwohnern (1980: 1.956 km ²)	100	123	133	133	131	127
Stadtreionen mit mehr als 100.000 Einwohnern (1980: 1.277 km ²)	100	117	125	124	121	116

Tab. 2: **Tatsächliche und vorausberechnete Veränderung der DID-Flächen nach Stadtreionen, 1980 bis 2030 (Index 1980 = 100)**

Anm.: Die Abgrenzung der Stadtreionen basiert auf einer Analyse funktionaler Verflechtungsbeziehungen zwischen den Kernstädten und ihren Einzugsbereichen.

Quelle: MLIT (2003).

erkennen, dass sich Japan *de facto* längst von dem viel beschworenen Ideal der homogenen, sozial ausgeglichenen „Mittelschichtgesellschaft“ verabschiedet hat (vgl. auch JRI 2006: 1). Sie ist ohnehin nur ein Mythos der 1960er Jahre, als sich einer regierungsamtlichen Publikation zufolge 90 Prozent der japanischen Bevölkerung der Mittelschicht zugehörig fühlten. Seit den 1980er Jahren stetig wachsende regionale Ungleichgewichte zeigen sich nämlich im regionalen Pro-Kopf-Einkommen, insbesondere zwischen zentralen und peripheren Räumen und interessanterweise auch zwischen den Metropolregionen. Besonders Osaka ist in den letzten Jahren immer weiter zurückgefallen und liegt jetzt mit einem Wert von 63,8 nur noch auf Rang neun. Insgesamt 42 Präfekturen erreichen nicht einmal zwei Drittel des Indexwertes von Tokyo.

Die dahinter stehende Unterentwicklungsproblematik, die den anhaltenden Prozess der regionalen Ausdifferenzierung weiter intensiviert, ist mehrdimensional und – in der Terminologie von Myrdal (1974) – kumulativ-zirkulär verursacht: schwache wirtschaftliche Entwicklung, Rückgang der Arbeitsplätze und steigende Arbeitslosigkeit, Abnahme der

	1990		2000		2005	
	Präfektur	Indexwert	Präfektur	Indexwert	Präfektur	Indexwert
1.	Tokyo	4,139 Mio. Yen = 100,0	Tokyo	4,596 Mio. Yen = 100,0	Tokyo	4,778 Mio. Yen = 100,0
2.	Osaka	86,9	Aichi	74,5	Aichi	73,8
3.	Aichi	80,2	Kanagawa	73,1	Shizuoka	70,0
4.	Kanagawa	77,8	Shiga	72,9	Shiga	68,5
5.	Saitama	75,7	Shizuoka	71,5	Kanagawa	67,1
...
43.	Kōchi	51,1	Aomori	51,9	Nagasaki	46,5
44.	Miyazaki	50,0	Kagoshima	50,8	Miyazaki	46,3
45.	Kagoshima	49,9	Nagasaki	50,6	Aomori	45,7
46.	Nagasaki	48,3	Miyazaki	50,3	Kōchi	44,9
47.	Okinawa	45,7	Okinawa	45,2	Okinawa	42,3

Tab. 3: **Japans fünf einkommensstärkste bzw. einkommenschwächste Präfekturen im Vergleich der Jahre 1990, 2000 und 2005 (jeweils Index Tokyo = 100)**

Quelle: Eigene Berechnungen nach Naikakufu (2006 und 2008, Internet).

Wirtschafts- und Kaufkraft, sozioökonomische Unausgewogenheiten, selektive Bevölkerungsabnahmen, zusätzlich verstärkt durch demographische Probleme wie Sterbeüberschüsse bei niedriger Fruchtbarkeit, Alterung und Feminisierung der Bevölkerung (vgl. Abb. 3 und 4). Das Entstehen solcher lokaler bzw. regionaler Schrumpfungsspiralen lässt Entwicklung als einen von Grund auf widersprüchlichen Prozess erscheinen, der den langfristigen Ausgleich von regionalen Unterschieden als eher unwahrscheinlich erscheinen lässt – im Gegenteil: Gerade aufgrund der demographisch induzierten Veränderungen der japanischen Gesellschaft werden sich regionale Schrumpfungs-, Alterungs- und Peripherisierungsprozesse weiter intensivieren.

Die Abbildungen 3 und 4 verdeutlichen, dass von diesen Entwicklungen in großräumiger Sicht vor allem Hokkaidō, die nördliche Tōhoku-Region, die Japanmeeresseite, die Gebirgsregionen der Chūbu-Region, die Chūgoku- und Shikoku-Region, die Bergregionen Kyūshūs und die meisten Inseln bzw. Halbinseln mit Ausnahme von Okinawa betroffen sind. Generell gilt weiterhin in kleinräumiger Sicht unter Bezugnahme auf Tabelle 4 in der Differenzierung nach Größe und Funktionen japanischer Stadtregionen die Feststellung: Je kleiner und je weniger funktional bedeutsam eine Stadtregion, desto größer werden die Abnahmen von Bevöl-

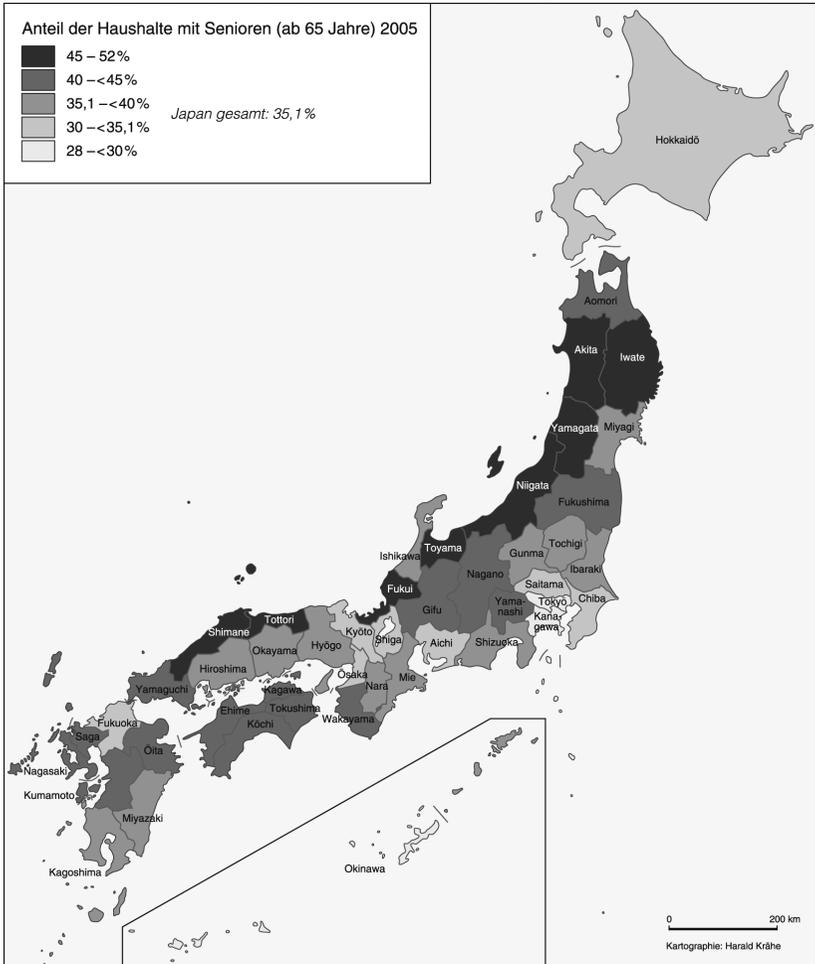


Abb. 3: Anteil der Haushalte mit Senioren (ab 65 Jahre) an der Gesamthaushaltszahl, 2005

Quelle: Eigene Darstellung nach Sōmushō Tōkeikyoku (2005, Internet).

kerung und Wirtschaftskraft bis zum Jahr 2030 ausfallen. Allein Tokyo weist auf hohem Niveau anhaltendes Wachstum auf.

Dies lässt sich nicht nur agglomerationstheoretisch begründen, sondern auch vor dem Hintergrund des *global city*-Konzeptes verstehen. Dieses Konzept betont die herausragende Bedeutung solcher Städte im Globalisierungsprozess, die als Kommandozentralen in der Organisation der

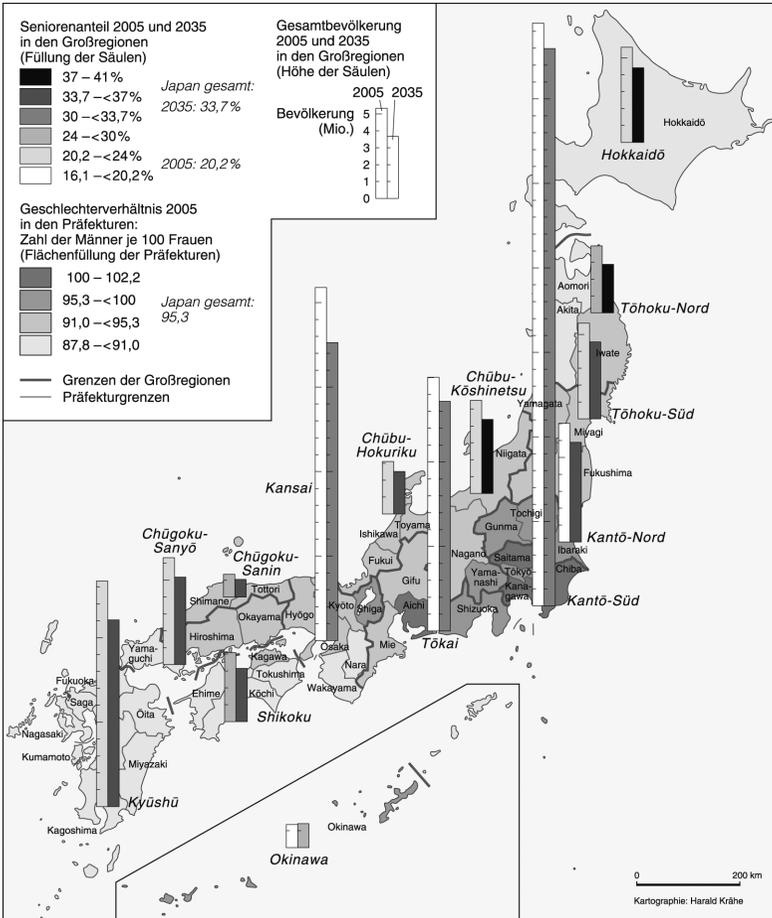


Abb. 4: Geschlechterverhältnis 2005 und prognostizierte räumliche Ungleichheiten der Bevölkerungsstruktur und -verteilung 2005 bis 2035

Quelle: Eigene Darstellung nach Sōmushō Tōkeikyoku (2005, Internet) und IPSS (2007, Internet).

Weltwirtschaft und als Schlüsselstandorte für Finanzwesen und hochrangige unternehmensbezogene Dienstleistungen fungieren (Short und Kim 1999; Sassen 2001; Huang, Leung und Shen 2007). *Global cities* sind nicht nur in einem weltweiten Städtesystem miteinander vernetzt, sie stehen auch untereinander im ständigen Wettbewerb um einen global orientierten Finanz- bzw. Dienstleistungskomplex, der sich von regionalen Pro-

Stadtregionen	Einwohner		Wirtschaftskraft (Regionales BIP)	
	2030 (Mio.)	Veränderung 2000–2030 (%)	2030 Bio. Yen	Veränderung 2000–2030 (%)
Tokyo	32,06	0,8	17,674	10,7
Per Regierungsverordnung designierte Großstädte	29,46	- 6,6	14,191	6,9
Präfekturhauptstädte	17,32	- 14,3	7,626	- 3,2
Stadtreg. ≥ 100.000 Einw.	22,43	- 16,2	9,929	- 6,4
Stadtreg. < 100.000 Einw.	5,24	- 24,6	2,070	- 15,1
Summe aller 269 Stadt- regionen	106,50	- 9,2	51,490	2,6

Tab. 4: **Prognose zur Veränderung der Bevölkerungsverteilung und Wirtschaftskraft nach Stadtregionen, 2000 bis 2030**

Anm.: Die Abgrenzung der 269 Stadtregionen basiert auf einer Analyse funktionaler Verflechtungsbeziehungen zwischen den Kernstädten und ihren Einzugsbereichen.

Quelle: METI 2005, Internet.

duktionszusammenhängen räumlich abgekoppelt hat. In Bezug auf räumliche Hierarchisierungsprozesse in Japan gilt daher zusammenfassend die Feststellung, dass der anhaltende Globalisierungsprozess tendenziell die Bedeutung der internationalen Steuerungsmetropolen weiter verstärkt. Dies schließt aus der Sicht der Schlüsselakteure in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft vor allem die Notwendigkeit mit ein, die Agglomerationsvorteile der japanischen Hauptstadt Tokyo im globalen Städte-wettbewerb zu verbessern und langfristig zu sichern. Konsolidierende bzw. entwicklungshemmende Maßnahmen, die der Einpunktkonzentration auf Tokyo entgegenwirken, sind vor diesem Hintergrund aus japanischer Sicht nicht wünschenswert. Die Abbildung 5 zeigt, dass unter den Großstädten des Landes Tokyo die meisten Unternehmenshauptsitze auf sich vereinigt, darunter eine große Anzahl von Unternehmen aus den im globalen Wettbewerb wichtigen Bereichen Finanzen und Versicherungen. Insgesamt ist innerhalb der Tōkaidō-Megalopolis eine zunehmende ökonomische Schwerpunktverlagerung zugunsten der östlichen Region in einem etwa 300 km-Umkreis um Tokyo festzustellen, während die Kansai- und die Seto-Binnenmeer-Region bestenfalls stagnieren (vgl. Matsubara 2006: 8).

Will die japanische Regierung jedoch an dem Ziel ausgeglichenerer Lebensbedingungen in allen Landesteilen festhalten, sind raumplanerische

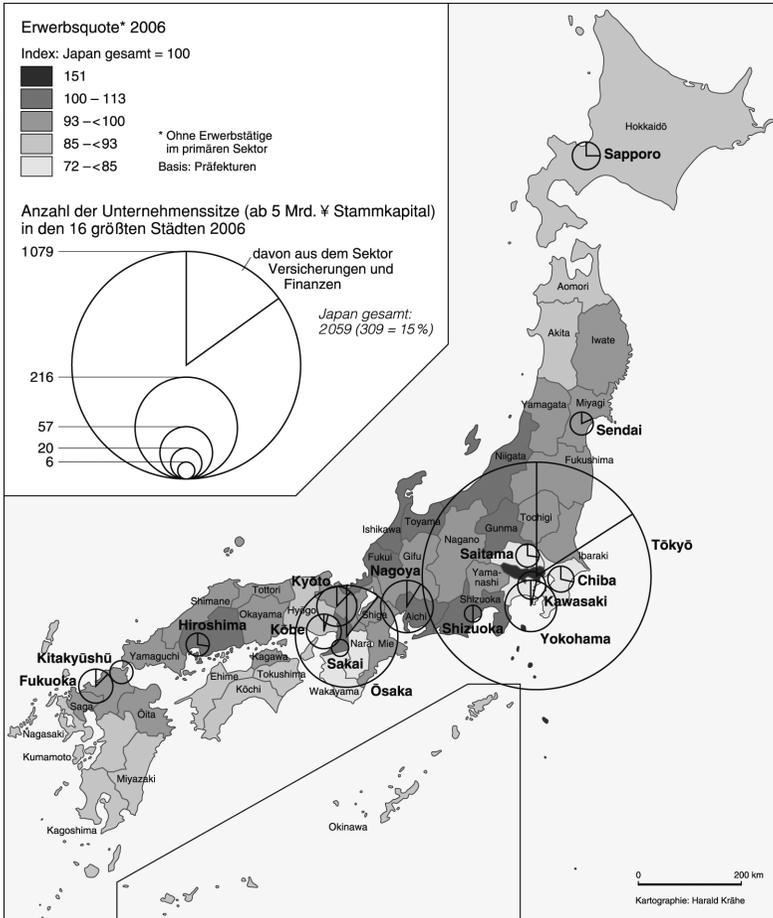


Abb. 5: Erwerbsquoten nach Präfekturen und Unternehmenssitze (ab 5 Mrd. Yen Stammkapital) in den 16 größten Städten des Landes, 2006

Quelle: Eigene Darstellung nach Sömushō Tōkeikyoku (2006, Internet).

Initiativen unentbehrlich. In den ländlich-unterentwickelten Gebieten gibt es bereits heute gravierende ökonomische, soziale und demographische Probleme, die sich in absehbarer Zeit noch verschärfen werden und die Zukunftsfähigkeit der regionalen Strukturen in Frage stellen (vgl. JRI 2006: 5).

3 INTENSIVIERUNG REGIONALER DISPARITÄTEN DURCH SCHRUMPFUNG: EINE NEUE HERAUSFORDERUNG FÜR DIE RÄUMLICHE PLANUNG IN JAPAN

Kumulativ-zirkulär wirksame Schrumpfungsketten bedeuten nicht nur Bevölkerungsrückgang durch natürliche Abnahme oder Abwanderung, sondern auch den Verlust wirtschaftlicher Aktivität und gesellschaftlich-sozialer Vitalität. Gravierende Auswirkungen sind in dem Zusammenhang auch auf die künftigen Angebotsstrukturen bei der öffentlichen und privaten Infrastrukturversorgung zu erwarten. Daraus ergibt sich ein akuter politischer und planerischer Handlungsbedarf, der angesichts der Aufgabenvielfalt und (vor allem finanziell und personell) begrenzter Handlungsspielräume jedoch eine besondere Brisanz hat. Natürlich sind Stadtschrumpfungen im historischen Rückblick grundsätzlich nichts Neues, und sie sind mittlerweile ein weltweit zu beobachtendes Phänomen (vgl. Rieniets 2004; Oswalt 2004, 2005). Die heutigen Städte sind das Produkt langwieriger historischer Entwicklungszyklen mit Phasen von Wachsen, Reifen, Stagnieren und Vergehen. Ähnlich wie in der Ökonomie ging man daher auch in der Stadtforschung lange davon aus, dass auf Abschwungphasen immer auch wieder Aufschwungphasen folgen. Die sich gegenwärtig abzeichnenden Schrumpfungsprozesse sind jedoch nicht zuletzt aufgrund ihrer Ursachen, welche im wirtschaftlichen Strukturwandel, vielmehr aber noch im demographisch relevanten Verhalten der betroffenen Gesellschaften zu suchen sind (Rieniets 2004: 29; Matsubara 2006: 8), möglicherweise mehr als nur eine zyklische Krise im Entwicklungsprozess: Vielerorts wird es wohl dauerhaft nach dem Abschwung keinen neuen Aufschwung geben. Für die räumliche Planung stellt sich daher unter Beachtung der öffentlichen Daseinsvorsorgepflicht die Frage nach adäquaten Anpassungs- bzw. Rückzugsstrategien in Bereichen wie Bildung und Soziales, einschließlich medizinischer Versorgung, technischer Infrastruktur, Handel und Dienstleistungen, Siedlungs- und Landschaftsbild.

Da die angesprochenen Handlungsfelder vielerorts in Japan bereits akut sind (vgl. Flüchter 2004), wären die Voraussetzungen eigentlich gut, bereits heute auf die Herausforderungen der Zukunft mit der Entwicklung von Lösungsstrategien zu reagieren. Ein zentrales Problem ist jedoch, dass in Japan über viele Jahrzehnte hinweg genau wie in Deutschland Wachstum wie selbstverständlich die Vorstellungen und Handlungskonzepte der Raumplanung prägte. „Wandel ohne Wachstum“ ist kaum vorstellbar; „Schrumpfung“ ist ein kaum geläufiger und wenig sympathischer Begriff, und deshalb ist Schrumpfung auch politisch-praktisch wenig akzeptabel und den betroffenen Wählern in den ländlich-peripheren Räumen, wo sich die traditionellen Hochburgen der regierenden

Liberaldemokratischen Partei (LDP) befinden, schlecht vermittelbar. Es stellt sich daher besonders dringlich die Frage, ob und wie der „planende Staat“ überhaupt steuernd und gestaltend auf die demographischen Herausforderungen einwirken kann und will.

In der Nachkriegszeit hat die japanische Regierung zum Abbau regionaler Disparitäten besonders auf prestige- und symbolträchtige Großinfrastrukturprojekte gesetzt. Diese haben zwar auch mit entscheidend zur japanischen Landes- und Regionalentwicklung beigetragen. In der jüngeren Vergangenheit wurde jedoch zunehmend am gesellschaftlichen Bedarf vorbei gebaut, wobei die öffentliche Hand fragwürdige Bauvorhaben flexibel je nach Erfordernis begründete: *wirtschaftspolitisch* als Instrument der Globalsteuerung, *sozialpolitisch* als Beitrag zur Verstetigung der Beschäftigung im Baugewerbe, *raumentwicklungspolitisch* als Umverteilung zwischen städtischen Wachstumsregionen und strukturschwacher Peripherie bzw. zur Angleichung der Lebensverhältnisse in allen Landesteilen. Eindrucksvolle Großbrücken und Tunnel, großzügig ausgebaute Straßen und Flughäfen, Superschnellzuglinien, luxuriöse Stadthallen, Messengelände und Museen verleihen den daniederliegenden ländlichen Räumen allerdings nur eine scheinbare Prosperität, die sich bei genauerem Hinsehen meist als Fassade entpuppt (vgl. dazu schon Sengoku 1999: 197). Die wirtschaftlichen Wachstumseffekte, die man sich aus den öffentlichen Infrastrukturprojekten in den strukturschwachen ländlichen Räumen erhofft hatte, stellten sich nämlich in den seltensten Fällen ein; sie sind deshalb auch immer schwieriger zu rechtfertigen, weil demographische Alterungs- und Schrumpfungstrends neue sektorale Schwerpunktsetzungen erfordern (vgl. auch Feldhoff 2005: 95–104).

Für eine Neuorientierung der Raumplanung in Japan sind vier wichtige Erkenntnisse aus der deutschen Schrumpfungsdebatte besonders aufschlussreich (vgl. unter anderen Müller 2003; Gatzweiler, Meyer und Milbert 2004: 569–570; Kil 2004). Erstens fällt der Handlungsbedarf für jede einzelne Kommune sehr unterschiedlich aus, weil es ein kleinräumiges Nebeneinander von Wachstum, Stagnation und Schrumpfung gibt – unterschiedliche Situationen erfordern unterschiedliche Strategien mit einer Vielzahl von kleinen Maßnahmen und Projekten. Statt der Förderung in der Fläche ist daher auch die problem- und zielgerichtete Förderung regions- bzw. lokalspezifischer Konzepte gefordert, die einer eigenständigen Entwicklung zuträglich sind. Schrumpfung und Alterung sollten zweitens nicht einseitig als Risiko oder Gefährdungslage, sondern auch als Chance verstanden werden. Kil (2004) spricht vom „Luxus der Leere“, denn mit ihrem Überschuss an Raum bieten schrumpfende Städte und Regionen neue Nutzungspotenziale nicht nur durch die Entlastung des Immobilienmarktes, sondern auch durch eine erhöhte städtische Lebens-

und Wohnqualität, da neue Freiflächen entstehen und die Dichte in der Stadt geringer ist, als auch durch die Verbesserung der Umweltqualität und die Inwertsetzung regionaler Kreisläufe (vgl. auch Hannemann 2003: 104–105; Doehler-Behzadi *et al.* 2005: 73–74). Die räumliche Planung sollte diese Potenziale einer Innenentwicklung zur Verbesserung der Lebensbedingungen im weitesten Sinne nutzen. Da sich die Vorstellungen von städtischem Leben, von Urbanität wandeln, ergibt sich drittens auch die Notwendigkeit zur Entwicklung von Leitbildern, die zur Bewältigung heutiger und künftiger Schrumpfungsprozesse Orientierung geben. Viertens sollten bei der Erarbeitung von Leitbildern und bei der Realisierung von Leitprojekten Planer idealerweise zwischen öffentlichen und privaten Interessen vermittelnd agieren.

Wenn man auf die Geschichte der japanischen Planungskultur schaut, so zeigt sich jedoch, dass solche Neuorientierungen deren Wesen grundsätzlich fremd sind. Für Japan typisch sind vielmehr zentralistische, standardisierte Vorgaben, die in der Verwaltungshierarchie von oben nach unten diktiert werden, während die Eigenverantwortung der Bürger in Folge eines historischen Demokratiedefizits nur relativ schwach ausgebildet ist (vgl. Bothwell 2003; Foljanty-Jost und Haufe 2006: 254–255). Diese eingangs als „Gottvater-Mentalität“ bezeichnete Planungstradition kann dem Wandel aber nicht mehr gerecht werden; die staatliche Steuerungsfähigkeit, Durchsetzungs- und Gestaltungsmacht hat in Zeiten kleinräumlich differenzierter Problemlagen, knapper öffentlicher Finanzen und schwindender Glaubwürdigkeit der staatlichen Akteure abgenommen (vgl. Sorensen 2007). Die eingangs angesprochene strukturelle Verankerung der Akteure in Politik, Verwaltung und Wirtschaft im Rahmen des „Baustaats Japan“ verleiht der japanischen Top-Down-Mentalität jedoch eine ausgesprochene Persistenz: Raumentwicklungspolitik in Japan ist zusammen mit dem öffentlichen Finanz- und Auftragsvergabesystem ein Hauptinstrument von Politik und Verwaltung zur Steuerung öffentlicher Bautätigkeit, die den Sonderinteressen einer außerordentlich mächtigen Bau-Lobby zuträglich ist. Aus der Sicht der Neuen Politischen Ökonomie, insbesondere der Theorie des Rentenstrebens, ist dieses Festhalten an überkommenen Entwicklungsstrategien verständlich, denn diese sind ein geeignetes Mittel zum Zweck des Ressourcentransfers und der individuellen (materiellen bzw. immateriellen) Bereicherung der Akteure (vgl. ausführlich hierzu Feldhoff 2005).

4 VERTRAUENSKRISE, GRUNDPROBLEME UND REFORMBEDARF DER RAUMPLANUNG IN JAPAN

Da der überfällige Erkenntniswandel erst in jüngster Zeit in Ansätzen erkennbar wird und das Ziel auch nur annähernd „ausgeglichener Lebensverhältnisse“ in allen Teilräumen des Landes (*kokudo no kinkō aru*) unerreicht blieb, ist der planende japanische Staat in den vergangenen Jahren zunehmend in die öffentliche Kritik geraten. Er ist durch eine ganze Reihe von systembedingten Grundproblemen charakterisiert (vgl. Flüchter 1994, 1995; McCormack 2002; Feldhoff 2005: 204–205):

- den Zentralismus des Staatsaufbaus und das großregionale Kompetenzvakuum zwischen der zentralstaatlichen Ebene und der Ebene der Präfekturen, die wiederum trotz einer seit vielen Jahren geführten Dezentralisierungsdebatte in weitgehender Abhängigkeit von der Zentralregierung verharren;
- die in den Verhaltens- und Denkweisen der Akteure tief verwurzelte Umverteilungs- und Gießkannenmentalität, die in der planwirtschaftlich anmutenden Umsetzung öffentlicher Infrastrukturprojekte im Rahmen von langfristigen Investitionsplänen ihren Ausdruck findet;
- den damit verbundenen Einsatz öffentlicher Gelder als klassisches Instrument der planenden Verwaltung und den Gewöhnungsaspekt von Fördermitteln;
- den impliziten Vorrang des gesamtwirtschaftlichen Wachstums gegenüber dem Abbau regionaler Unausgewogenheiten;
- die Ökonomisierung der Raumplanung, die aufgrund der hohen Kosten und der Staatsverschuldung keine Dauerlösung ist und zunehmend gesamtgesellschaftliche Wohlstandsverluste sowie ökologische Probleme mit sich bringt;
- die Leerformelhaftigkeit nationaler Raumentwicklungspläne, die als Legitimationsbasis für die öffentliche Baupolitik dienen, verbunden mit einem Irrglauben an die technische Lösbarkeit der Raumentwicklungsproblematik auf der Grundlage von Großinfrastrukturprojekten;
- eine Bevölkerungsbeteiligung, die bislang wenig mehr ist als nur Information der Betroffenen über bereits vorgefertigte Entscheidungen und Planungen;
- die Mängel des Systems der Wirtschaftlichkeits- und Umweltverträglichkeitsprüfungen und die noch unzureichende Verwirklichung der Informationsveröffentlichung;
- das Nicht-Funktionieren von „Checks-and-Balances“ in Politik und Verwaltung, weil beide Gewalten zusammen mit der Privatwirtschaft in einer eigentümlich symbiotischen Form interagieren und auf eigene Macht- und Ressourceninteressen hinwirken.

Lange Jahre fehlte insbesondere die Einsicht in die Notwendigkeiten des auch in Japan viel zitierten, aber in interadministrativen Domänenkonflikten und raumentwicklungspolitischen Kompromisslösungen aufgearbeiteten Nachhaltigkeitskonzeptes. Erst 2005 mündeten die Diskussionen über eine Neuordnung der Rollenverteilung zwischen staatlichen und privaten Akteuren im Bereich der räumlichen Planung in der Abschaffung des alten Raumentwicklungsgesetzes (aus dem Jahre 1950!) und in der Verabschiedung eines neuen Gesetzes zur nachhaltigen Landesentwicklung (*Kokudo keisei keikaku-hō*) (vgl. Matsubara 2006: 13; MLIT 2006, Internet). Auf der Grundlage dieses Gesetzes erhält die räumliche Planung in Japan eine neue Zwei-Säulen-Struktur: mit einem landesweit gültigen „Nationalen Plan zur nachhaltigen Landesentwicklung“ und insgesamt zehn „Großregionalen Plänen zur nachhaltigen Landesentwicklung“ verfolgt die Regierung die folgenden Zielsetzungen:

- die Entwicklung von zukunftsweisenden Leitbildern für die Landes- und Regionalentwicklung in enger Kooperation zwischen der Zentralregierung und den unteren Verwaltungsebenen;
 - die Erarbeitung differenzierter Entwicklungsstrategien, die den regionalspezifischen Besonderheiten größere Aufmerksamkeit schenken;
 - die Herstellung einer breiten Öffentlichkeit durch die Beteiligung einer Vielzahl nichtstaatlicher Akteure an Planungs- und Entscheidungsprozessen;
 - insgesamt die Schaffung eines integrierten, inhaltlich aufeinander abgestimmten nationalen und regionalen Raumplanungssystems, das auf der engen Zusammenarbeit der Planungsträger und der relevanten Fachpolitiken auf allen Ebenen basiert (vgl. MLIT 2006, Internet; 2007).
- Mit der Verabschiedung des Gesetzes zur nachhaltigen Landesentwicklung und der damit angestrebten Stärkung der Großregion als neue territoriale Handlungsebene hat die japanische Regierung auf wesentliche Kritikpunkte des alten Systems reagiert, nämlich die zu starke Zentralisierung, die Vernachlässigung der überregionalen Perspektive und die zu starke Uniformität von Programmen und Konzepten (Feldhoff 2005: 205).¹ Derzeit befinden sich die neuen Nachhaltigkeitspläne allerdings noch in der Beratung durch den zuständigen Ausschuss (*Kokudo Shingi-*

¹ Auf der kommunalen Ebene wird der einer integrierten Planung abträglichen räumlichen Zersplitterung bereits seit 1995 durch die staatliche Förderung der Zusammenlegung von Gemeinden begegnet. Im Zuge der großen Gemeindefusionswelle, nach der Regierungsdevise des derzeitigen Tennō im Japanischen als *Heisei no dai-gappei* bezeichnet, hat sich zwischen dem 31. März 1999 und dem 30. April 2006 die Zahl der Gemeinden von 3.371 auf 1.976 reduziert (nach Shimizu 2007: 2).

kai) des Ministeriums für Raum, Infrastruktur, Verkehr und Tourismus. Ihm gehören von der Regierung ernannte Sachverständige aus den beteiligten Ministerien, den Verbänden, der Privatwirtschaft, anerkannte Wissenschaftler sowie Vertreter sonstiger betroffener Interessengruppen an. Da die Hauptaufgabe eines Ausschusses darin besteht, einen Konsens aller gesellschaftlich maßgeblichen Gruppen herbeizuführen, und sie insbesondere ein Vehikel der Einflussnahme von Lobbygruppen im Regierungsapparat sind (Kevenhörster 2002: 161), fallen die Ergebnisse der Kompromissfindung häufig allerdings ausgesprochen halbherzig aus. Gerade im Bereich der Raumplanung zeichneten sich die Programme in der Vergangenheit regelmäßig durch ihren eher alibihaften Charakter, vage Ausführungsbestimmungen und schwache Anreizmittel aus – mit der Folge, dass im Hinblick auf den Abbau regionaler Disparitäten hoffnungsvoll stimmende Zielsetzungen letztlich unerreicht blieben (vgl. Flüchter 1990, 1994).

Eine vorsichtige inhaltliche Trendwende ist in den neueren Verlautbarungen des zuständigen Ministeriums aber durchaus erkennbar (vgl. MLIT 2006, Internet; 2007). Die Abschaffung des alten Raumentwicklungsgesetzes war eine grundlegende Voraussetzung für die Neuausrichtung der Planung. In Anlehnung an das „Stadt gestalten“ (*machi-zukuri*) im Sinne von Planung auf der Mikroebene mit Bottom-up-Ansatz (Sorensen 2007) ist nun vom „Regionen gestalten“ (*chiiki-zukuri*) auf der Basis einer neuen Rollenverteilung zwischen staatlichen und privaten Akteuren (*arata na ôyake*) die Rede (MLIT 2007). Das bedeutet freilich nicht automatisch, dass auch sektoral eine Neuausrichtung erfolgt, etwa im Bereich der regionalen Wirtschaftsförderung durch die Ausweisung von Förderschwerpunkten zugunsten des regionalen Human- und Sozialkapitals, im Bereich der öffentlichen Infrastrukturen durch die Verbesserung der unmittelbaren Lebensumwelt in Form von Kranken- und Pflegestätten, Kindertagesstätten, Bildungseinrichtungen, Barrierefreiheit in öffentlichen Gebäuden und im öffentlichen Raum, Fußgänger- und Radfahrwegen oder in Form von „naturnahem Rückbau“. Das setzte nämlich ein Aufbrechen der rigiden Allokationsmuster bei der Zuteilung öffentlicher Gelder für die einzelnen Infrastrukturbereiche und die Eliminierung von Automatismen und Ineffizienzen der Mittelverwendung voraus. Der damit drohende Machtverlust führt naturgemäß dazu, dass die einzelnen Abteilungen des Ministeriums kein starkes Interesse haben, eine solche Reform umzusetzen.

Abgesehen von der noch ausstehenden Entscheidung über die konkrete inhaltliche Ausgestaltung der neuen Raumentwicklungspläne bleibt auch noch das alte Durchsetzungs- und Koordinationsproblem der japanischen Raumplanung bestehen (vgl. Flüchter 1995: 95): Institutionell verankert

im Rahmen des mächtigen Superministeriums für Raum, Infrastruktur, Verkehr und Tourismus, ist die Arbeit der Raumplanungsabteilung (Kokudo Keikaku-kyoku) durch einen ausgeprägten inter- und intra-ministeriellen Sektionalismus erschwert (vgl. Feldhoff 2005: 186). Sowohl die Einzelplanungen des Ministeriums als auch die Fachplanungen und divergierenden Interessen der anderen Ministerien werden nach wie vor nicht wirksam genug koordiniert, weil der Raumplanung die dazu notwendige Autorität fehlt. So warteten in der jüngsten Vergangenheit innerhalb weniger Jahre verschiedene Ministerien mit unterschiedlichen Plänen und zum Teil divergierenden Zielsetzungen auf, unter anderem:

- das Ministerium für Raum, Infrastruktur, Verkehr und Tourismus mit Plänen zur städtischen Revitalisierung (*Toshi saisei bijon*, seit 2002), welche die Konzentrationsprozesse zugunsten der Metropolen bzw. der Hauptstadt Tokyo tendenziell weiter verstärken (vgl. dazu KKTCS 2002; Feldhoff 2005: 183–189);
- die dem Ministerpräsidenten unterstellte Hauptabteilung für Sonderreformzonen mit Deregulierungsmaßnahmen zur regionalen Wirtschaftsförderung, die auf die Mobilisierung endogener regionaler Wachstumspotenziale abzielen (*Kōzō kaikaku tokku*, seit 2003) (vgl. dazu Feldhoff 2005: 183–189);
- das Ministerium für Wirtschaft, Handel und Industrie mit einem „Industrie-Cluster-Plan“ (*Sangyō kurasutā keikaku*, seit 2001), der anknüpfend an die Technopolis-Politik der 1980er Jahre die staatlich forcierte Clusterbildung als wegweisendes Instrument für Innovationen und regionale Wirtschaftsförderung proklamiert (vgl. dazu Matsubara 2006; Yamamoto 2006);
- das Innen- und Kommunikationsministerium mit der so genannten „u-Japan“-Strategie (*u-Japan seisaku*, seit 2005), die Regionalentwicklung auf der Grundlage der landesweiten Verfügbarkeit einer leistungsstarken Informations- und Kommunikationsinfrastruktur fördern soll (vgl. dazu MIC 2006).

Dabei könnte der Nutzung von neuen Informations- und Kommunikationstechnologien (IuK) im Hinblick auf eine Vernetzung der unterschiedlichen Aktivitäten und auch im Hinblick auf die Bewältigung demographischer Probleme durchaus eine Schlüsselstellung zukommen. Der „u-Japan“-Strategie zufolge soll Japan bis zum Jahr 2010 auf der Basis neuer IuK-Technologien umfassend vernetzt sein (*ubiquitous*) und allen Menschen, auch im Alter und mit Behinderung (*universal*), die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen (MIC 2005). Dem Internet kommt dabei eine zentrale Bedeutung zu. Ende 2005 haben laut Untersuchungen des Ministeriums bereits 67 Prozent der Japaner das Internet genutzt, davon mehr als die Hälfte sowohl mit dem Computer als auch mit dem Mo-

biltelefon (MIC 2006: 7). Dabei sind Breitbandverbindungen wie das schnelle DSL sowohl im festen als auch im mobilen Internet vorherrschend. Einer der wichtigsten gegenwärtigen Entwicklungstrends, der daraus resultiert, ist Japans Weg in die „ubiquitäre Wirtschaft“ (*ubiquitous economy*), das heißt die Entstehung einer sämtliche Wirtschafts- und Gesellschaftsbereiche durchdringenden Allgegenwärtigkeit von Internetanwendungen (MIC 2006).

Trotz der raschen Diffusion moderner Technologien innerhalb Japans besteht jedoch nach wie vor eine digitale Kluft zwischen Stadt und Land, vor allem bei den Anschlussdichten mit Breitbandzugängen wie DSL und schnellen Glasfaserverbindungen (Fiber To The Home, FTTH). Während die Metropolpräfekturen, allen voran Tokyo, die höchsten Dichten aufweisen, besteht eine offensichtliche Benachteiligung des eher ländlich geprägten, strukturschwachen Raumes (vgl. Abb. 6 und 7). Die Verfügbarkeit einer leistungsstarken Kommunikationsinfrastruktur ist vor allem aber für gewerbliche Nutzer ein wesentlicher Standortfaktor, um von der Ortsungebundenheit von Informationen, Kommunikation und Arbeit profitieren zu können (Gebauer und Luley 2006: 13–14). Schon in den 1990er Jahren hatte sich hinsichtlich der angenommenen Auflösung von Raumbindungen durch die Verbreitung moderner IuK-Technologien und daraus resultierender Gestaltungspotenziale für die Raumentwicklung eine wissenschaftliche Diskussion entzündet („death of distance“; vgl. Cairncross 1997; Kotkin 2000). Erklärtes Ziel der japanischen Regierung im Hinblick auf die regionalwirtschaftliche Förderung und die Sicherung der Grundversorgung ist es daher, auf der Grundlage eines – durchaus fragwürdigen – Technikdeterminismus die Diffusion neuer IuK-Technologien in den ländlichen Raum voranzutreiben und bis zum Jahr 2010 eine einhundertprozentige Versorgung der Bevölkerung mit schnellen bzw. ultraschnellen Internetverbindungen zu realisieren (MIC 2005, 2006).

Ob dies letztlich im Zusammenwirken mit anderen Strategien zu den erhofften Ergebnissen führen wird, bleibt angesichts der angesprochenen Grundprobleme japanischer Raumplanung und der ausgesprochenen Persistenz bestehender Macht- und Raumstrukturen – vor allem vor dem Hintergrund der Rolle speziell Tokyos als Japans *global city* – abzuwarten. Insbesondere bleibt trotz der Verfügbarkeit von IuK-Technologien die räumliche Nähe und damit die Raumbindung gerade in Japan bedeutsam, wo persönliche Kontakte nach wie vor eine zentrale Handlungsbedingung der Akteure sind. Der automatische Schluss von den Eigenschaften der IuK-Technologien auf die Auflösung von Raumbindungen – im Sinne eines „technologischen Imperativs“, demzufolge „der Computer oder ein Computerrahmen ‚etwas macht‘“ (Höflich 1998: 47) – führt nicht nur hier in die Irre (vgl. dazu auch die Studie von Schmidt 2005). Einen

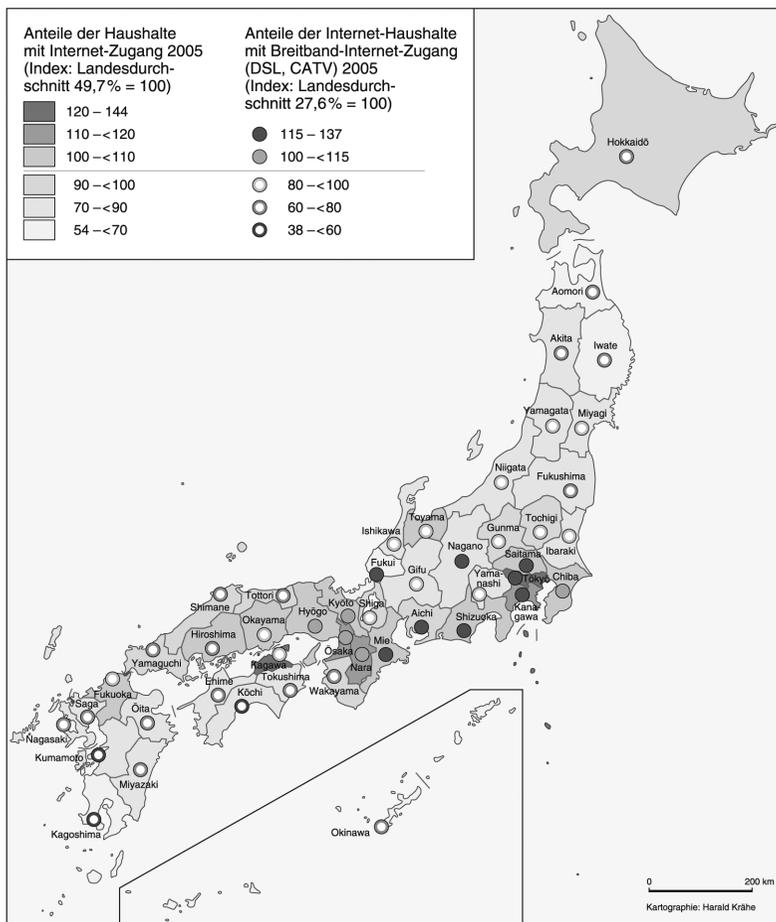


Abb. 6: Internet- und Breitbandinternet-Zugänge in Japan nach Präfekturen, 2005

Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen nach MIC (2005: 284).

positiven psychologischen Aspekt sollte man jedoch durchaus nicht unterschätzen: Das Leitbild einer „ubiquitären Wirtschaft“ beinhaltet wichtige Ansätze zur individuellen Identifikation, vermittelt es doch auch den Menschen in schrumpfenden Regionen das Gefühl, nicht „abgehängt“ und damit „abgeschrieben“ zu sein.

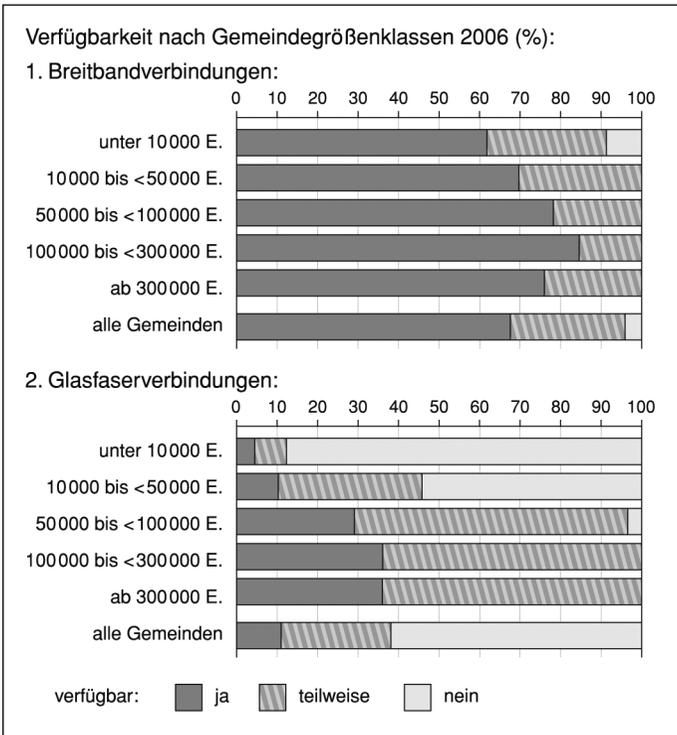


Abb. 7: **Verfügbarkeit von Breitband- bzw. Glasfaserverbindungen nach Gemeindegrößenklassen, 2006**

Quelle: MIC (2006: 20), verändert.

5 AUSBLICK: INKOMPATIBILITÄT DER HANDLUNGSLOGIKEN

Die Beschäftigung mit Schrumpfungprozessen beinhaltet neben der analytischen stets auch eine normative Dimension, weil normative Vorstellungen des Räumlichen für Politik und Planung von zentraler Bedeutung sind. Ein angemessener politischer und öffentlicher Diskurs über die neuen normativen Leitbilder des Räumlichen und über Strategien zur Erreichung dieser Leitvorstellungen, die besonders dem demographischen Wandel und den sich verändernden gesellschaftlichen Werthaltungen Rechnung tragen, steht in Japan noch am Anfang. In der Tat kann man den Eindruck haben, dass die staatliche Planung im Hinblick auf Landes-, Regional- und Stadtentwicklung in Japan nach wie vor eher von Wachstumsprognosen als von Schrumpfungsszenarien ausgeht (Flüchter 2004:

83). Eine entscheidende Ursache dafür mag sein, dass die angesprochene japanische Bau-Lobby noch immer starkes Gewicht hat, so dass raumwirksame öffentliche Ausbau- und Förderprogramme eher deren Interessen dienlich sind als Zielen der räumlichen Planung (Flüchter 2004; Feldhoff 2005). Die These der Inkompatibilität der Handlungslogiken besagt, dass die kurzfristig auf Wählerzustimmung und Partikularinteressen gerichtete Handlungslogik der Politik eigentlich unvereinbar ist mit der langfristigen Raumplanungsaufgabe einer nachhaltigen Landes- und Regionalentwicklung (in Anlehnung an Blotvogel 1996). Einen Hinweis auf die Tragfähigkeit dieser These liefern nicht nur die bereits zitierten Beiträge über den „Baustaat Japan“, sondern auch die jüngsten Debatten über die Sanierung des japanischen Staatshaushaltes.

Mit staatlichen Ausgabenkürzungen und dem vollständigen Abbau der Neuverschuldung sollte bis zum Jahr 2011 der Staatshaushalt eigentlich ausgeglichen sein – freilich unter Ausklammerung des Schuldendienstes und damit eines der größten Haushaltsposten (FAZ 04.07.2006: 13). Die Diskussionen über den Haushaltsplan 2008 und die Verwendung der Einnahmen aus den so genannten Straßensteuern deuten jedoch auf eine Abkehr von den Reformbemühungen der Vorgängerregierungen hin, die im internationalen Vergleich dramatische Verschuldung Japans abzubauen (vgl. Abb. 8). Das Kabinett hat nämlich beschlossen, diese Gelder weiterhin – mit nur kleinen Abstrichen – für den Straßenbau zu reservieren; nur die nicht gebrauchten Einnahmen sollen in den allgemeinen Haushalt fließen. Die mächtige Straßenbaulobby, die das Wirken des „Baustaats Japan“ und damit traditioneller Raumentwicklungspolitik in besonderer Weise symbolisiert, hat offenbar erfolgreich ihren Einfluss auf Parlamentarier und Ministerialbürokraten geltend gemacht und Sparmaßnahmen auf ihre Kosten verhindert (vgl. Feldhoff 2007; FAZ 12.12.2007: 14; Welter 2007). Auch die Hoffnungen auf Reformen des regionalen Finanzausgleichs, die im Zusammenhang mit Dezentralisierungsplänen auf eine Beschränkung der zentralstaatlichen Einflussnahme auf die regionalen Gebietskörperschaften durch Finanzausweisungen abzielen, haben sich bislang nicht erfüllt (vgl. Schulz 2007: 119–121).

Angesichts der Macht solcher Besitzstandsinteressen sind tief greifende Systemreformen notwendig, die gerade das öffentliche Finanzwesen betreffen, die in der jetzigen Diskussion über den neuen Plan zur nachhaltigen Landesentwicklung jedoch nicht erkennbar sind (vgl. Feldhoff 2005: 382–384). Diese wären:

- das Aufbrechen des (ministerial-)bürokratischen Kontroll-, Lenkungs- und Interventionsstaates, der angesichts der Haushaltskrise nicht nur seine finanziellen Grundlagen, sondern auch vieles von seiner politischen Legitimation und öffentlichen Akzeptanz eingebüßt hat;

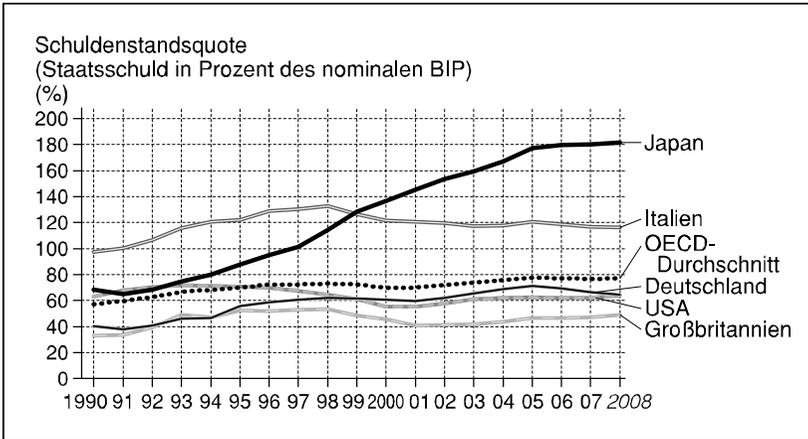


Abb. 8: **Schuldenstandsquote Japans im internationalen Vergleich, 1990–2008**

Quelle: Eigene Darstellung nach OECD (2007, Internet).

- die Schaffung von mehr Transparenz der öffentlichen Haushalte und von mehr Rechtsstaatlichkeit durch eine weitere Verbesserung der Informationsöffentlichkeit;
- das Aufbrechen der subventionsbedingten strukturellen Abhängigkeit der regionalen Gebietskörperschaften durch die Abschaffung von zentralstaatlichen Subventionsprojekten und die Stärkung der regionalen Eigenverantwortlichkeit durch mehr finanzielle Autonomie der Präfekturen und Gemeinden.

Positive Ansätze sind allerdings im Hinblick auf eine Stärkung von handlungs- und projektorientierten Verfahren zu erkennen, die auf mehr Bürgerbeteiligung in öffentlichen Planungs- und Entscheidungsprozessen abzielen, sowie auf Kommunikation und Konsensbildung zur Erarbeitung gemeinsam getragener Problemlösungsstrategien. Damit ist auch die wichtige Diskussion um eine neue Grenzziehung hinsichtlich der Verteilung öffentlicher und privater Gestaltungsaufgaben und Leistungen berührt, in deren Folge sich staatliches Handeln auch in seiner Raumwirksamkeit wandelt (Breuer 1997: 13). In einem modernen Verständnis sollte Planung eine Gemeinschaftsaufgabe von staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren sein: *Governance* im Sinne von Mayntz (2004, Internet) meint eine Herrschaftsstruktur ohne eine übergeordnete Instanz, in der verschiedene Formen kollektiver Regelung gesellschaftlicher Sachverhalte gleichberechtigt nebeneinander bestehen. Davon ist die japanische Realität mit ihrer obrigkeitsstaatlichen Tradition jedoch noch weit entfernt (sie-

he schon Bothwell 2003). Denn sie setzte die politische Entschlossenheit voraus, entschieden gegen bürokratische Routine und Kollegialität vorzugehen, zentralstaatliche Macht zu beschränken, ein hohes Maß an Öffentlichkeit zuzulassen und informelle Einflussnahmen abzubauen. Nicht zuletzt die Klientelpolitik der Abgeordneten selbst ist es, die hier als Reformhindernis wirkt.

Auch die von Healey *et al.* (2002) geforderten *governance*-Kapazitäten auf Seiten der Bürger sind trotz erheblicher Fortschritte bei der Entwicklung bürgerschaftlichen Engagements in Japan, etwa im Bereich des *machi-zukuri* (Sorensen 2007) oder von „Nonprofit“-Organisationen (Foljanty-Jost und Haufe 2006), noch vergleichsweise unterentwickelt. Angesichts der starken Position der etablierten Akteure in Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Interessenverbänden, deren ungebrochener Steuerungsanspruch nicht zuletzt auch auf obrigkeitstaatlichen Traditionen in einem konfuzianisch geprägten Land fußt (Flüchter 1994: 99), bleibt die Stärkung der Selbstverantwortung der Bürger eine große Herausforderung. Zu einem tiefgreifenden institutionellen Wandel gehört eben auch die Erkenntnis, dass die postindustrielle Gesellschaft unter den Bedingungen der Schrumpfung ganz grundlegende Selbstverständnis- und Mentalitätsveränderungen erfordert, die Zeit in Anspruch nehmen.

In dem Zusammenhang erlangen auf regionaler und lokaler Ebene die bereits von Blotevogel (1994: 17) genannten Kernelemente einer regionalisierten Entwicklungspolitik große Relevanz für Japan, weil aufgrund der Besonderheiten des Verwaltungssystems gerade in diesen Bereichen erhebliche Defizite bestehen, darunter die horizontale, räumliche Kooperation zwischen den Gemeinden, die vertikale Kooperation zwischen den politisch-administrativen Ebenen, die horizontale Kooperation zwischen den diversen Fachpolitiken und die funktionale Kooperation zwischen allen wesentlichen Akteursgruppen. Im Zentrum steht die Einbindung aller für die Regionalentwicklung relevanten gesellschaftlichen Gruppen mit dem Ziel, eine konsequente Ausrichtung auf Kooperation statt Konkurrenz und Abschottung zu erreichen, Reformblockaden zu überwinden und zu nachhaltigen Lösungen zu gelangen.

Die Aufgabe der Raumplanung, den Umgang der Menschen mit ihrem Lebensraum zu thematisieren, bleibt gewichtig. Dazu gehören vor allem realistische Gestaltungskonzepte und Leitbilder räumlicher Ordnung, die sich aus gesellschaftlichen Wertmaßstäben, beispielsweise bezüglich des Prinzips der Nachhaltigkeit, herleiten lassen. Diese Wertmaßstäbe verändern sich gegenwärtig in Japan tendenziell weg vom ohnehin realitätsfernen Anspruch auf die Herstellung ausgeglichener Lebensverhältnisse hin zu einer Akzeptanz der räumlichen Ausdifferenzierung. Die demographischen Entwicklungen werden die regionalen Disparitäten künftig

zweifelsohne noch weiter verstärken – die Frage, welches Ausmaß tolerierbar ist, bleibt aber vorerst offen. Dabei sollte die politisch-planerisch beabsichtigte Stärkung von regionaler Eigenverantwortlichkeit nicht bedeuten, dass sich die übergeordnete räumliche Planung ihrer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung entzieht.

LITERATURVERZEICHNIS

- Benz, Arthur (2005): Governance. In: ARL (= Akademie für Raumforschung und Landesplanung) (Hg.): *Handwörterbuch der Raumordnung*. Hannover: ARL, S. 404–408.
- Blotevogel, Hans Heinrich (1994): Neue Ansätze regionaler Entwicklungspolitik. In: ARL (= Akademie für Raumforschung und Landesplanung) (Hg.): *Aktuelle Fragen der Landesentwicklung in NRW*. Hannover: ARL, S. 15–40.
- Blotevogel, Hans Heinrich (1996): Zur Kontroverse um den Stellenwert des Zentrale-Orte-Konzepts in der Raumordnungspolitik heute. In: *Informationen zur Raumentwicklung* 10, S. 647–657.
- Bothwell, Robert O. (2003): The challenges of growing the NPO and voluntary sector in Japan. In: Stephen P. Osborne (Hg.): *The Voluntary and Non-Profit Sector in Japan. The Challenge of Change*. London und New York: RoutledgeCurzon, S. 121–149.
- Breuer, Hermann (1997): Verwaltungsmodernisierung und Kommunales Controlling: Neue Rahmenbedingungen für Politikberatung und Informationsmanagement. In: Rainer Graafen und Wolf Tietze (Hg.): *Raumwirksame Staatstätigkeit* (= Colloquium Geographicum; 23). Bonn: Ferd. Dümmlers Verlag, S. 13–26.
- Cairncross, Frances (1997): *The Death of Distance. How the Communications Revolution will Change our Lives*. Boston: Harvard Business School.
- Coulmas, Florian (2007): Bevölkerungsalterung und sozialer Wandel: Stolpersteine auf dem Weg in Japans überalterte Gesellschaft. In: Michael Behrens und Jochen Legewie (Hg.): *Japan nach Koizumi. Wandel in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft*. Baden-Baden: Nomos, S. 227–240.
- Doehler-Behzadi, Marta *et al.* (2005): Planloses Schrumpfen? Steuerungskonzepte für widersprüchliche Stadtentwicklungen. Verständigungsversuche zum Wandel der Planung In: *DISP* 161 (2), S. 71–78.
- Er, Lam Peng (2005): Local governance: the role of referenda and the rise of independent governors. In: Glenn D. Hook (Hg.): *Contested Governance in Japan. Sites and Issues*. London und New York: RoutledgeCurzon, S. 71–89.
- FAZ (04.07.2006): Japan beginnt mit der Sanierung des Staatshaushalts, S. 13.

- FAZ (12.12.2007): Japans Regierung lockt die Wähler mit neuen Straßen, S. 14.
- Feldhoff, Thomas (1998): *Pendelverkehr und Massenschnellverkehrsmittel im Ballungsraum Tōkyō. Raumstrukturen, Akteure, Probleme, Strategien*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.
- Feldhoff, Thomas (2005): *Bau-Lobbyismus in Japan: Institutionelle Grundlagen – Akteursnetzwerke – Raumwirksamkeit*. Dortmund: Dortmunder Vertrieb für Bau- und Planungsliteratur.
- Feldhoff, Thomas (2007): Japan's construction lobby and the privatization of highway-related public corporations. In: André Sorensen und Carolin Funck (Hg.): *Living Cities in Japan. Citizens' Movements, Machizukuri and Local Environments*. London und New York: Routledge, S. 91–112.
- Flüchter, Winfried (1990): Japan: Die Landesentwicklung im Spannungsfeld zwischen Zentralisierung und Dezentralisierung. In: *Geographische Rundschau* 42 (4), S. 182–194.
- Flüchter, Winfried (1994): Der planende Staat: Raumordnungspolitik und ungleiche Entwicklung. In: Gesine Foljanty-Jost und Anna Maria Thränhardt (Hg.): *Der schlanke japanische Staat*. Opladen: Leske und Budrich, S. 88–105.
- Flüchter, Winfried (1995): Japan: Raum- und Ressourcen-Probleme unter Aspekten von Geopolitik, Anpassungsmaßnahmen und Landesentwicklung. In: *Japanstudien. Jahrbuch des Deutschen Instituts für Japanstudien* 6 (1994), S. 17–45.
- Flüchter, Winfried (2004): Schrumpfende Städte in Japan – Megalopolen und ländliche Peripherie. In: Philipp Oswalt (Hg.): *Schrumpfende Städte. Band 1: Internationale Untersuchung*. Ostfildern-Ruit: Hatje Cantz, S. 82–92.
- Foljanty-Jost, Gesine und Karoline Haufe (2006): Bürgerliche Gesellschaft versus Zivilgesellschaft – Die neue Debatte in Japan. In: *Japanstudien. Jahrbuch des Deutschen Instituts für Japanstudien* 18, S. 247–269.
- Frankenfeld, Peter (2005): Disparitäten, regionale. In: ARL (= Akademie für Raumforschung und Landesplanung) (Hg.): *Handwörterbuch der Raumordnung*. Hannover: ARL, S. 185–190.
- Fürst, Dietrich (2005): Entwicklung und Stand des Steuerungsverständnisses in der Raumplanung. In: *DISP* 163 (4), S. 16–27.
- Gatzweiler, Hans-Peter, Katrin Meyer und Antonia Milbert (2004): Schrumpfende Städte in Deutschland? Fakten und Trends. In: *Informationen zur Raumentwicklung* 10/11, S. 557–574.
- Gebauer, Iris und Torsten Luley (2006): IuK-Technologien im ländlichen Raum Deutschlands und Europas. In: *Geographische Rundschau* 58 (7/8), S. 12–19.
- Hannemann, Christine (2003): Zukunftschance Schrumpfung – Stadtentwicklung in Ostdeutschland – Eine Skizze. In: Frithjof Hager und

- Werner Schenkel (Hg.): *Schrumpfungen. Wachsen durch Wandel. Ideen aus den Natur- und Kulturwissenschaften*. 2. Aufl. München: oekom, S. 99–105.
- Healey, Patsy (1997). *Collaborative Planning – Shaping Places in Fragmented Societies*. Houndmills und New York: Palgrave.
- Healey, Patsy et al. (2002): Transforming Governance, Institutional Analysis and Institutional Capacity. In: Göran Cars, Patsy Healey, Ali Madanipour und Claudio de Magalhaes (Hg.): *Urban Governance, Institutional Capacity and Social Milieux*. Aldershot: Ashgate, S. 6–28.
- Höflich, Joachim R. (1998): Computerrahmen und die undifferenzierte Computerfrage – oder: Warum erst einmal geklärt werden muß, was die Menschen mit dem Computer machen. In: Patrick Rössler (Hg.): *Online-Kommunikation. Beiträge zur Nutzung und Wirkung*. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 17–46.
- Huang, Yefang, Yee Leung und Jianfa Shen (2007): Cities and Globalization: An International Perspective. In: *Urban Geography* 28 (3), S. 209–231.
- IPSS (= National Institute of Population and Social Security Research) (2007): Nihon no todōfuken-betsu shōrai suikei jinkō (Heisei 19-nen 5-gatsu suikei) ni tsuite [Informationen zur Bevölkerungsprognose für die Präfekturen Japans vom Mai 2007]. <http://www.ipss.go.jp/pp-fuken/j/fuken2007/suikei.html> (letzter Zugriff 19.02.2008).
- JRI (= The Japan Research Institute) (2006): *Chiiki kakusa wa kakudai shite iru ka* [Nehmen regionale Disparitäten in Japan zu?] (= Makuro Keizai Ripōto; 2006–06). Tokyo: JRI.
- Kevenhörster, Paul (2002): Japan: Politische Entscheidungsstrukturen im Spiegel politikwissenschaftlicher Deutungen. In: *Japanstudien. Jahrbuch des Deutschen Instituts für Japanstudien* 14, S. 139–163.
- Kil, Wolfgang (2004): *Luxus der Leere. Vom schwierigen Rückzug aus der Wachstumswelt. Eine Streitschrift*. Wuppertal: Verlag Müller und Busmann.
- KKTCS (= Kokudo Kōtsūshō Toshi Chiiki Seibi-kyoku Shigaichi Eibi-ka) (2002): *Toshi saikaihatsu handobukku* [Handbuch der städtischen Revitalisierung]. Tokyo: Keibun Shuppan.
- Kotkin, Joel (2000): *The New Geography. How the Digital Revolution is Reshaping the American Landscape*. New York: Random House.
- Lendi, Martin (2003): Grundorientierungen für die Raumplanung/Raumordnung – eine Vorlesung. Gastvorlesung, Universität für Bodenkultur, Wien, 24. November 2003.
- Lowndes, Vivien (2001): Rescuing Aunt Sally. Taking institutional theory seriously in urban politics. In: *Urban Studies* 38 (11), S. 1953–1973.
- Matsubara, Hiroshi (2006): Shōshi kōreika jidai no chiiki saihei (Reorganization of Japanese Regional Economies in a Low Fertility and Aging

- Society). In: *Keizai Chirigaku Nenpō* (Annals of the Japan Association of Economic Geographers) 52 (4), S. 1–17.
- Mayntz, Renate (2003): Governance im modernen Staat. In: Arthur Benz *et al.* (Hg.): *Governance. Eine Einführung*. Dreifachkurseinheit der FernUniversität Hagen, S. 71–83.
- Mayntz, Renate (2004): Governance Theory als fortentwickelte Steuerungstheorie? Max Planck Institut für Gesellschaftsforschung, Working Paper No. 04/1. <http://www.mpi-fg-koeln.mpg.de/pu/workpap/wp04-1/wp04-1.html> (letzter Zugriff 14.02.2008).
- McCormack, Gavan (2002): Breaking the Iron Triangle. In: *New Left Review* 13, S. 5–23.
- METI (= Ministry of Economy, Trade and Industry, Regional Economic and Industrial Policy Group) (2005): Jinkō genshōka ni okeru chiiki keiei ni tsuite – 2030-nen no chiiki keizai no shimyrēshon [Regionalmanagement unter Bedingungen der Bevölkerungsschrumpfung: Simulation der regionalwirtschaftlichen Situation im Jahr 2030]. <http://www.meti.go.jp/press/20051202004/1-gaiyou-set.pdf> (letzter Zugriff 21.02.2008).
- MIC (= Ministry of Internal Affairs and Communications) (2005): *Heisei 7-nenban jōhō tsūshin hakusho* [Weißbuch Information und Kommunikation 2005]. Tokyo: MIC.
- MIC (2006): Information and Communications in Japan 2006. Feature: Ubiquitous Economy (Outline). PR Materials for Overseas Press.
- MLIT (= Ministry of Land, Infrastructure and Transport) (2003): *Heisei 15-nendo kokudo kōtsū hakusho* (White Paper on Land, Infrastructure and Transport in Japan 2003). Tokyo: Gyōsei.
- MLIT (2006): The New National Land Sustainability Plan. http://www.mlit.go.jp/english/2006/b_n_and_r_planning_bureau/01_duties/New_NLSP_060515.pdf (letzter Zugriff 13.02.2008).
- MLIT, National and Regional Planning Bureau (2007): Kokudo keisei keikaku zenkoku keikaku (chūkan torimatome) ni tsuite [Über den Zwischenbericht zum nationalen Plan zur nachhaltigen Landesentwicklung]. In: *Hito to Kokudo* 21 (1), S. 20–27.
- Müller, Bernhard (2003): Regionalentwicklung unter Schrumpfbedingungen. Herausforderung für die Raumplanung in Deutschland. In: *Raumforschung und Raumordnung* 1–2, S. 28–42.
- Myrdal, Gunnar (1974): *Ökonomische Theorie und unterentwickelte Regionen*. Frankfurt/Main: Fischer Taschenbuch Verlag.
- Naikakufu (2004, 2007): Shakai ishiki ni kansuru seron chōsa [Meinungsumfrage zum Sozialbewusstsein der Bevölkerung]. <http://www8.cao.go.jp/survey/h18/h18-shakai/index.html>; <http://www8.cao.go.jp/survey/h15/h15-shakai/index.html> (letzter Zugriff 20.02.2008).

- Naikakufu (2006, 2008): Kenmin keizai kessan ni tsuite [Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung der Präfekturen]. http://www.esri.cao.go.jp/jp/sna/kenmin/h15/6_kenmin.xls; http://www.esri.cao.go.jp/jp/sna/kenmin/h17/9_kenmin.xls (letzter Zugriff 12.02.2008).
- Nakazato, Tōru (2003): Toshi to nōson no seiji keizaigaku [Politische Ökonomie der Städte und Dörfer]. In: Fukuju Yamazaki und Yoshihisa Asada (Hg.): *Toshi saisei no keizai bunseki* [Ökonomische Analyse städtischer Revitalisierung]. Tokyo: Tōyō Keizai Shinpōsha, S. 67–81.
- OECD (2007): OECD Economic Outlook No. 82. Annex Tables. Fiscal Balances and Public Indebtedness. <http://www.oecd.org/dataoecd/5/51/2483816.xls> (letzter Zugriff 12.02.2008).
- Oswalt, Philipp (Hg.) (2004): *Schrumpfende Städte, Band 1: Internationale Untersuchung*. Ostfildern-Ruit: Hatje Cantz.
- Oswalt, Philipp (Hg.) (2005): *Schrumpfende Städte, Band 2: Handlungskonzepte*. Ostfildern-Ruit: Hatje Cantz.
- Rieniets, Tim (2004): Weltweites Schrumpfen. In: Philipp Oswalt (Hg.): *Schrumpfende Städte. Band 1: Internationale Untersuchung*. Ostfildern-Ruit: Hatje Cantz, S. 20–33.
- Sassen, Saskia (2001): *Cities in a World Economy*. Thousand Oaks, CA: Pine Forge.
- Schmidt, Jan (2005): *Der virtuelle lokale Raum. Zur Institutionalisierung lokal bezogener Online-Nutzungsepisoden*. München: Fischer (= Reihe Internet@Research; 19).
- Schulz, Martin (2007): Die japanischen Staatsfinanzen: „Operation Reform“ schon abgeschlossen? In: Michael Behrens und Jochen Legewie (Hg.): *Japan nach Koizumi. Wandel in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft*. Baden-Baden: Nomos, S. 111–123.
- Sengoku, Yoshito (1999): *Shōbi. Doken kokka Nihon no tenkan* [Es ist an der Zeit: Eine Wende für den Baustaat Japan]. Tokyo: Goma Shobō.
- Shimizu, Masato (2007): Municipal Mergers and the Change in Intra-Pre-fectural Migration. In: *The Japanese Journal of Population* 5 (1), S. 1–10.
- Short, John R. und Yeong-Hyun Kim (1999): *Globalization and the City*. London: Longman.
- Sōmushō (= Sōmushō Tōkeikyoku) (verschiedene Jahrgänge): *Nihon tōkei nenkan* (Japan Statistical Yearbook). Tokyo: Nihon Tōkei Kyōkai.
- Sōmushō Tōkeikyoku (Hg.) (2000, 2005): Kokusei chōsa (Population Census of Japan). <http://www.stat.go.jp/data/kokusei/2000/index.htm>; <http://www.stat.go.jp/data/kokusei/2005/index.htm> (letzter Zugriff 12.02.2008).
- Sōmushō Tōkeikyoku (Hg.) (2006): Heisei 18-nen jigyōsho kigyō tōkei chōsa (2006 Establishment and Enterprise Census of Japan). <http://www.stat.go.jp/data/jigyō/2006/index.htm> (letzter Zugriff 12.02.2008).

- Sōmushō Tōkeikyoku (Hg.) (2008): Jūmin kihon daichō jinkō idō hōkoku. Kekka no gaiyō [Bericht über Wanderungen auf der Grundlage des Einwohnerbasisregisters. Ergebnisüberblick]. <http://www.stat.go.jp/data/idou/2007np/kazu/pdf/gaiyou.pdf> (letzter Zugriff 19.02.2008).
- Sorensen, André (2007): Changing governance of shared spaces. Machizukuri as institutional innovation. In: André Sorensen und Carolin Funck (Hg.): *Living Cities in Japan. Citizens' Movements, Machizukuri and Local Environments*. London und New York: Routledge, S. 56–90.
- Stoker, Gerry (2000): Urban Political Science and the Challenge of Urban Governance. In: Jon Pierre (Hg.): *Debating Governance. Authority, Steering, and Democracy*. London: Oxford University Press, S. 91–109.
- Turowski, Gerd (2005): Raumplanung (Gesamtplanung). In: ARL (= Akademie für Raumforschung und Landesplanung) (Hg.): *Handwörterbuch der Raumordnung*. Hannover: ARL, S. 893–898.
- Welter, Patrick (2007): Japans Politik als Wachstumsbremse. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* 17.12.2007, S. 11.
- Yamamoto, Kenji (2006): The Industrial Cluster Plan of the Japanese government and the realities of regional economics in Japan. In: *Raumforschung und Raumordnung* 64 (1), S. 28–40.